

KRIEGSVERBRECHEN

Knappe Frist

Ende kommenden Jahres läuft das Mandat des Kriegsverbrecher-Tribunals für Ruanda aus, das den Genozid an den Tutsi von 1994 aufarbeiten soll – 800 000 Menschen kamen damals bei den Massakern um. Den Uno-Aufklärern wird die Zeit nun knapp. Zwar wurden im tansanischen Arusha, dem Sitz des Tribunals, bereits 33 Fälle abgeschlossen. Doch 11 Verfahren mit insgesamt 27 Beschuldigten sind noch im Gang; 18 mutmaßliche Kriegsverbrecher befinden sich auf der Flucht. Um innerhalb der gesetzten Frist alle Verfahren abzuwickeln, will das Internationale Kriegsverbrecher-Tribunal etliche Fälle ruandischen Gerichten übertragen. Tribunal-Sprecher Roland Amoussouga: „Wir versuchen, insgesamt 17 Verfahren nach Ruanda zu delegieren, denn wir können die Arbeit nicht mehr bewältigen.“ Eine Überstellung scheint jedoch problematisch, da die Unabhängigkeit ruandischer Gerichte nicht garantiert ist: In dem zentralafrikanischen Zwergstaat ist seit 1994 das autoritäre Regime des Tutsi Paul Kagame an der Macht. Kagame selbst nahm als Guerillaführer maßgeblich am Bürgerkrieg in Ruanda teil – französische Ermittlungen legen sogar nahe, dass seine Rebellenbewegung das Flugzeug mit dem damaligen ruandischen Präsidenten Juvénal Habyarimana an Bord abschoss. Das Attentat gilt als Auslöser des Genozids.



Erdgasfeld von South Pars

IRAN

Geheime Geschäfte

Die Sanktionen, die der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen gegen Teheran verhängt hat, treffen das Mullah-Regime nach Erkenntnissen westlicher Geheimdienste offenbar viel härter als erwartet. Sie führen zu einer neuen Verschleierungstaktik der iranischen Führung, die dem Katz-und-Maus-Spiel bei der Atomfrage kaum nachsteht. Seit die Uno-Resolutionen Nr. 1737 vom Dezember 2006 und Nr. 1747 vom März 2007 in Kraft getreten sind, ist Irans Außenhandel wesentlich eingeschränkt. Einige regierungsnahe Firmen sind von einem internationalen

Boykott bedroht, Mitarbeiter des Nuklearprogramms sowie „maßgebliche Mitglieder aus dem Korps der Revolutionsgarden“ sollen einer besonderen Kontrolle unterliegen. Dies alles führte zu massiver Kapitalflucht und zum Anstieg der Inflation. Da internationale Organisationen die Kreditwürdigkeit des Landes trotz der hohen Erdöl- und Erdgaseinnahmen schon 2006 zurückgestuft hatten, sah sich Teherans Führung nun gezwungen zu handeln: Sie versprach, dem Wunsch der internationalen Investoren nach mehr Flexibilität bei Ausschreibungen entgegenzukommen und

RUSSLAND

Waffenbrüder aus Südamerika

Mit einem Staatsempfang im Kreml Ende dieser Woche und massiven Waffenlieferungen will Russland den immer selbstherrlicher regierenden venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez stärken. Der Linkspopulist hatte jüngst die Kritik des russischen Präsidenten Wladimir Putin an den US-Plänen zur Raketenabwehr in Osteuropa unterstützt. Jetzt will Chávez, der sich als „Feind des Imperiums“ USA bezeichnet, fünf dieselgetriebene U-Boote in Moskau bestellen. Insgesamt hat sich das ölreiche Venezuela in den beiden vergangenen Jahren mit russischem Kriegsgut für 3,4 Milliarden US-Dollar

Freunde Chávez, Putin (2004 in Moskau)



MIKHAIL WETZEL / AP



ABACA / PICTURE-ALLIANCE / DPA

die Dominanz der Staatsfirmen zu reduzieren. Das angeblich nur zu diesem Zweck von Vizepräsident Parwis Dawudi gegründete „Privatisierungskomitee“ erweist sich allerdings als eine Scharade: Ausgerechnet die Revolutionsgarden – nach Ansicht von Fachleuten in vorderster Linie mit dem Atomwaffenprogramm Irans vertraut – erhalten über Strohgesellschaften weiterhin lukrative „private“ Aufträge. Dazu gehört das Recht zur Teilausbeutung des ergiebigen South-Pars-Erdgasfelds, ein Kontrakt in Milliarden-Dollar-Höhe. In den USA dienen die Geheimdiensterkenntnisse über Teherans neuerliche Täuschungsmanöver Scharfmachern wie Vizepräsident Richard Cheney als Vorwand für konkrete Kriegsvorbereitungen – sie drängen auf einen massiven militärischen Schlag.

eingedeckt. Beim staatlichen Waffenhandelsunternehmen Rosoboronexport ließ Oberstleutnant a. D. Chávez unter anderem 24 Suchoi-Kampfflugzeuge ordern, dazu Luftabwehrraketen, drei Dutzend Helikopter und 100 000 Kalaschnikow-Gewehre. Der Kreml hielt Journalisten des Staatsfernsehens dazu an, den Chávez-Besuch propagandistisch ausreichend zu würdigen. Die Moskau-Visite des wortgewaltigen Ex-Putschisten, der kürzlich US-Präsident George W. Bush auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen mit dem Teufel verglich, könnte der russischen Führung jedoch Probleme mit den Amerikanern bescheren. Nationalpatrioten und Kommunisten in der Duma wünschen sich eine Chávez-Rede vor dem Parlament – und hoffen dabei auf möglichst deftige Ausfälle gegen die USA. Moderatere Leute in Putins Umgebung dagegen suchen jetzt nach einem protokollarischen Vorwand, um einen solchen Auftritt zu verhindern.

PERU

Die Sippe des Chino

Ex-Präsident Alberto Fujimori, 68, setzt offenbar auf seine Tochter Keiko, 32, um sich vor Strafverfolgung in seiner Heimat zu schützen. Seine Anhänger in Peru planen, die Kongressabgeordnete als Kandidatin bei der Präsidentschaftswahl im Jahr 2011 aufzustellen. Sie soll ihren Vater verteidigen, wenn er sich in Peru vor Gericht verantworten muss. Bei der vergangenen Parlamentswahl hatte Keiko das beste Ergebnis aller Abgeordneten erzielt – sie gilt als Symbolfigur der Gefolgschaft des Ex-Präsidenten. Der Sohn japanischer Einwanderer, der von 1990 bis 2000 regierte, war nach seinem Rücktritt zunächst nach Japan geflohen. Vor eineinhalb Jahren reiste er überraschend nach Santiago de Chile. Dort steht er nun unter Hausarrest, bis die chilenische Justiz über das Auslieferungsgesuch entscheidet. Fujimori hatte zunächst offenbar mit dem Gedanken gespielt, für den japanischen Senat zu kandidieren, um der Auslieferung zu

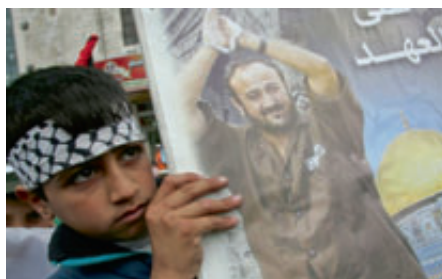
entgehen. Das jedoch erwies sich als rechtlich problematisch. In Peru ist der ehemalige Staatschef, genannt „El Chino“, wegen Korruption und der Verletzung von Menschenrechten angeklagt. So soll er für die Hinrichtung einiger Geiseln in der Residenz des japa-



GETTY IMAGES

Ex-Präsident Fujimori, Tochter Keiko

nischen Botschafters 1997 in Lima verantwortlich gewesen sein. Die Guerilleros waren ums Leben gekommen, als das Militär das Gebäude stürmte: Zeugenaussagen und der Obduktionsbericht legen nahe, dass sie ermordet wurden, obwohl sie sich bereits ergeben hatten.



FOTOS: REUTERS

Plakat für die Freilassung von Barghuti



Journalist Johnston (2005)

NAHOST

Unterstützung aus dem Gefängnis

In der Fatah-Bewegung ist er der größte Rivale von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas: Marwan Barghuti, 48, Anführer der zweiten Intifada, seit drei Jahren in Israel inhaftiert. Fast zwei Drittel der Palästinenser würden ihn laut Umfragen zu ihrem Präsidenten wählen. Trotzdem will Abbas zu Wochenbeginn beim Nahost-Gipfel im ägyptischen Scharm al-Scheich Barghutis Freilassung fordern. Nach der vernichtenden Niederlage im Gaza-Streifen und nach dem dortigen Sieg der radikal-islamischen Hamas erhofft sich Abbas dadurch einen Popularitätsschub für seine angeschlagene Fatah-Partei. Da Israel dasselbe Ziel verfolgt, stehen die Chancen für die Befreiung des beliebten Palästinenserführers nicht schlecht. „Wenn wir die Fähigkei-

ten der Hamas schwächen wollen“, so Israels Umweltminister Gideon Ezra, „müssen wir einen solchen Beitrag leisten.“ Schimon Peres, neugewählter Staatspräsident und formal für Begnadigungen zuständig, hat bereits angedeutet, dass er Barghuti freigegeben würde. Doch auch die Hamas will sich mit der Befreiung inhaftierter Landsleute beim Volk beliebt machen. Als Gegenleistung für die Übergabe des im Gaza-Streifen verschleppten israelischen Soldaten Gilad Schalit fordert sie allerdings die Rückkehr von mehreren hundert Palästinensern. Zudem hat die Hamas angekündigt, sich für den BBC-Korrespondenten Alan Johnston einzusetzen, der sich in der Gewalt eines kriminellen Familienclans befindet.